

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 538/14 vom 30. Oktober 2014

Heike Franzen: Zur Absenkung von Leistungsanforderungen ist der Albig-Regierung kein Argument zu billig

CDU-Bildungspolitikerin Heike Franzen hat die Behauptung des Bildungsministeriums, eine Absenkung der Rechtschreibanforderungen sei aufgrund der Einführung eines länderübergreifenden Abiturs notwendig, als vorgeschoben zurück gewiesen:

„Das ist Unsinn. In Wahrheit ist der Albig-Regierung zur Absenkung von Leistungsanforderungen beim Abitur kein Argument zu billig“, erklärte Franzen heute (30. Oktober 2014) in Kiel.

Die CDU-Abgeordnete bezeichnete die Niveauabsenkung in der Rechtschreibung als logische Fortsetzung des leistungsfeindlichen rot/grün/blauen Kurses in der Bildungspolitik.

„SPD, Grüne und SSW schaffen Noten an Grundschulen ab und lassen zu, dass die Kinder dort schreiben dürfen, wie sie wollen. Wer das macht, muss zwangsläufig das Niveau absenken. Sonst hagelt es doch nur noch schlechte Noten“, so Franzen.

So seien von der Albig-Regierung bereits die Zugangsvoraussetzungen für die Oberstufe reduziert, sowie die Schulartempfehlung und Klassenwiederholungen abgeschafft worden.

„Das ist der völlig falsche Weg. Nötig wäre eine bessere Schreib- und Leseförderung in der Grundschule. SPD, Grüne und SSW wollen aber, dass Schüler ohne Nachweis von Leistungen gute Abschlüsse kriegen. Das ist der Grund für die Herabsetzung von Leistungsanforderungen“, so Franzen.